



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 890

P/XVII/20 - 24. Januar 1952

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	<u>Die Agrarpolitik in Bewegung</u> Die deutsche Landwirtschaft und die EWG Von Dr. R. Martin Schmidt, MdB	64
3	<u>Meine Fragen an Denelios</u> Eine notwendige Klarstellung Von Kurt Neubauer, MdB	35
4 - 5	<u>Fallstricke auf dem Wege de Gaulles</u> Vorbereitungen für den Ernstfall Von unseren Korrespondenten in Paris, Georg Schauer	87
6	<u>"Die blutenden Grenzen Asiens" (II)</u> Der Kaschmir-Streit kann zum großen Krieg führen Von Erwin Erasmus Koch	50
7	<u>Ab mit ihm nach Tenzarijfal</u> Zum Kapfinger-Prozess Von H. Bortfeldt	28
7	<u>Um den Mindesturlaub von 18 Tagen</u> Eine sozialpolitische Initiative der SPD	22

* * * * *
* * *

Die Agrarpolitik in Bewegung

Von Dr. R. Martin Schmidt, MdB

Mehr als ein Jahrzehnt hat sich die Bundesrepublik einer eigenen Agrarpolitik erfreut. Es waren im wesentlichen die Marktordnungsgesetze und das Landwirtschaftsgesetz - in übrigen fast alle einstimmig vom Bundestage beschlossenen - die dieser Politik den Stempel aufgedrückt haben. Wie sich aufdrängende Frage nach dem Erfolg unserer Marktordnungsregelung ob man sowohl in Richtung auf die Erzeuger als auch auf die Verbraucher als im großen und ganzen positiv beantworten. Anders dagegen das Landwirtschaftsgesetz. Trotz schöner Zielsetzungen hat die Bundesregierung nie immer weiter aufklaffende Schere zwischen dem Einkommen der Landwirtschaft und der gewerblichen Wirtschaft nicht zu schließen vermocht. Diese Feststellung zu treffen ist immer wieder, gerade auch im Hinblick auf die kommenden Agrardebatten und die politischen Auseinandersetzungen notwendig.

Man mag es wahr haben wollen oder nicht: Seit dem 14. Januar des Jahres 1962 ist mit den Brüsseler Beschlüssen die Agrarpolitik in Bewegung geraten, nachdem sie in den letzten Jahren fast erstarbt war. Auch dem besten Landwirt und Bauern dürfte jetzt klar geworden sein, daß ein neuer Anfang gemacht ist. Die in den Römischen Verträgen vorgezeichneten großen Ideen einer gemeinsamen Agrarpolitik haben sich mit den Ministerratsbeschlüssen am 14. Januar zu einem neuen, für alle sechs Länder verbindlichen Konzept verdichtet. Dabei dürfte die Frage, ob und inwieweit die Bundesrepublikanische Agrarpolitik den Erfordernissen der europäischen und weltweiten Entwicklung gerecht werden wäre, nur noch historischen Wert haben. Das jahrelange Sträuben gegen die Übertragung von Steuerbefreiungsrechten an die europäische Exekutive ist der Dynamik des Vertrages zur europäischen Wirtschaftsgemeinschaft erlegen. In Verfolg dieser zwiespältigen Politik sind der Bauernstand und große Teile der Verbraucherschaft in die letzten Tagen und Wochen von einer Vertrauenskrise erfaßt, die man nicht zu leicht wehren sollte. Alle aufbauenden fortschrittlichen Kräfte werden dagegen angehen müssen.

Die Bauern und Landwirte sind jetzt aus ihrer europäischen Lethargie herausgerissen. Die verantwortliche Bundesregierung hat Jahre verstreichen lassen, ohne sie auf die Jahreswende 1961/62 vorzubereiten. Selbst vereinzelte Hinweise aus den eigenen Reihen der CDU haben dabei nicht gefrucht.

tot, geschweige denn das dauernde Männen der SPD-Fraktion des Bundestages aber heute sollten es alle Abgeordneten wissen, daß unsere EWG-Partner die Zeit seit 1958 besser genutzt haben als wir und daß sie sich mit ihrer ganzen Kraft auf das Ende der Übergangszeit 1968/69 einrichten werden. Werden auch wir dazu bereit sein?

Unzählige Diskussionen mit unseren Bauern und Landwirten in den letzten Wochen haben bewiesen und gezeigt, daß ihr Lebens- und Behauptungswille ungebrochen ist. Gerade die jungen Kräfte in der Landwirtschaft warten darauf, ein wirklichkeitstouches, ungefühltes Bild ihrer Lage zu erfahren, Anregungen und Hinweise für ihre Arbeit zu erhalten und nicht zuletzt die Zielsetzung der gemeinsamen EWG-Agrarpolitik zu kennen. Was dabei die SPD angeht, so wird sie alles daran setzen, daß die deutsche Landwirtschaft durch entsprechende Hilfeleistungen die Möglichkeiten zur Anpassung und Umstellung auf den gemeinsamen Markt erhält. Dabei wird der Liniar von der SPD angestrebte Ausgleich zwischen den Interessen der Erzeuger und der Verbraucher zu gewährleisten sein.

Dieses europäische Beginnen ist eben nur ein Anfang, und ist sicher nicht der Weisheit letzter Schluß. Es wäre auch verfröhnt, in ein lautes Freudengeschrei über das Erreichte einzustimmen, weil noch manche harte Schlacht zu schlagen sein wird. Denn zu einer gemeinsamen Agrarpolitik gehört mehr als eine Abschöpfungserogelung für vier Produkte, eine Wettbewerbsordnung nach Artikel 42 und eine Vorschrift über die Anwendung von Mindestpreisen. Eine gemeinsame Agrarpolitik kann auch nur dann funktionieren, wenn die gemeinsame Verkehrs- und Handelspolitik, die Koordinierung der Nahrungs- und Wirtschaftspolitik usw. hinzutritt. Es bleibt also noch viel zu tun übrig. Dabei kann sich niemand im Bundestage darüber freuen, der unmittelbaren Verantwortung dafür entkoben zu sein, weil der Ministerrat die Beschlüsse zu fassen hat. Im Gegenteil, der Bundestag wird bei der Entwicklung der gemeinsamen Agrarpolitik mitarbeiten müssen und der mittelbaren Mitverantwortung sich nicht erziehen dürfen. Die SPD ist jedenfalls dazu bereit.

+ + -

Meine Fragen an Danelius

Von Kurt Neubauer, MdB

Der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Kurt Neubauer, seit dem 13. August aus den Ostsektor Berlins vertrieben, hatte kürzlich den Westberliner Chef der SPD, Danelius, aufgesucht, um ihm einige peinliche Fragen zu stellen. Darüber erschienen einige vorverratene Pressemitteilungen, die Kurt Neubauer veranlaßten, im Folgenden den wahren Sachverhalt zu schildern. - Die Redaktion.

Herr Danelius, bislang in Ostberlin wohnend, hat vor 14 Tagen seinen Zuzug in Westberlin beantragt und aufgrund der geltenden Bestimmungen auch erhalten. Die Tatsache, daß ein hoher kommunistischer Funktionär, als erster übrigens, nach dem 13. August von den Ostbehörden die Erlaubnis erhielt, legal nach Westberlin zu verzichen, hat mich veranlaßt, Herrn Danelius aufzusuchen, um von ihm Antworten zu fordern. Mir ging es vor allen Dingen darum, zu erfahren, warum er als kommunistischer Funktionär das Recht für sich in Anspruch nimmt, das seit dem 13. August Tausenden anderer, die ebenfalls den Wunsch hätten, in die Bundesrepublik oder nach Westberlin zu ziehen, vorenthalten wird.

Mir kam es ferner darauf an, ihm eine Reihe von Fragen zu stellen, deren Beantwortung für die Westberliner Öffentlichkeit von besonderem Interesse sein könnte. Andererseits sollte Herr Danelius nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß ist für in aller Klarheit und Deutlichkeit gesagt werden, daß die Westberliner und insbesondere die Sozialdemokraten seine Tatkraft und seine Äußerungen jederzeit außerordentlich kritisch betrachten werden.

Danelius, der sich aufgrund seiner Funktion in der SED selbst als einen Sonderfall bezeichnete, mußte in dieser Unterredung zur Kenntnis nehmen, daß wir nicht die Absicht haben, ihn unbeobachtet und unkontrolliert tätig werden zu lassen, solange seine Partei, die in Mitteldeutschland die alleinige Macht ausübt, dort den Menschen alle Rechte verweigert.

Danelius wich in dieser Unterredung klaren Stellungnahmen aus. Ich habe ihm aber unverzüglich klar gemacht, daß, wann immer er in der Öffentlichkeit auftritt und sich mit dem VERBODEN-Steck identifiziert, er mit dem energiegelichen Widerstand der Berliner Bevölkerung und der Berliner Sozialdemokraten zu rechnen hat.

Fallstricke auf dem Wege de Gaulles

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Der Weg zum Waffenstillstand und Frieden mit der FLN, den de Gaulle zu Ende zu gehen versucht, ist mit immer neuen Schranken versperrt. Die Geheimverhandlungen zwischen den Abgesandten des französischen Präsidenten und den Vertretern der algerischen Nationalisten sind weitgehend gelungen, man hat sich über das Wesentliche geeinigt: algerische Unabhängigkeit, Zusammenarbeit mit Frankreich, algerische Souveränität über die Sahara, Verpachtung einzelner Häfen.

Natürlich gibt es noch Streitfragen, das eigentliche Problem ist aber jetzt vor allem die Verwirklichung der gefaßten Beschlüsse.

Futschverbercungen und Gegenwehr

Die Futschdrehung der OAS ist bekannt. Am Tag der Proklamierung des Waffenstillstandes zwischen Frankreich und der FLN will die rechtsextremistische Untergrundarmee, gestützt auf die fanatisierte europäische Bevölkerung, in Algerien die Macht an sich reißen. Das "Contingent", die jungmilitärischpflichtigen französischen Soldaten, soll sofort entlassen und nach Frankreich geschickt, teilweise vielleicht auch als Geiseln behalten werden. Salan hat nicht vergessen, daß es diese Soldaten waren, die im April vorigen Jahres zum Scheitern des Futsches wesentlich beitrugen.

Parallel dazu soll in Paris der Staatsstreich erfolgen. Die Futschisten wissen allerdings, welche Kräfte sie damit wecken. Die Linksparteien und die Gewerkschaften sind heute auf einen neofaschistischen Aufstand vorbereitet und würden sofort in Aktion treten. Nicht nur würde das Land durch einen politischen Generalstreik lahmgelegt werden (schon die Futschversuche im Januar 1960 und April 1961 wurden durch Generalstreiks zunichte gemacht), darüberhinaus ist die Linke heute auch zu einer bewaffneten Aktion bereit.

Die im April vorigen Jahres einerseits von der Regierung und ihren unmittelbaren Anhängern, andererseits von bestimmten Gruppen der Linken aufgestellten Kilizen können über Nacht wieder erstehen und eingesetzt werden. Die Kellermaschinen der OAS haben zur Folge, daß die Links- und Mittelparteien und die Gewerkschaften aller Richtungen schon aus Selbsterhaltungstrieb gezwungen sind, gleichfalls Vorbereitungen zu treffen. Die Gefahr eines offenen Bürgerkrieges rückt damit in greifbare Nähe.

In vielen Städten der französischen Provinz ist eine gemeinsame Abwehrfront der Linksparteien mit Einschluß der Kommunisten, die in Frank-

reich immerhin über 20 bis 25 % der Wählerstimmen verfügen, verwirklicht; auf zentraler Ebene aber wurden die Verhandlungen zwischen den Führungen der republikanischen Linksparteien und Gewerkschaften über die Aufstellung eines gemeinsamen Schutzbundes vorläufig abgebrochen, weil man sich über eine eventuelle Beteiligung der Kommunisten nicht einigen konnte.

Vorbereitungen auf allen Seiten

Hier setzen die Versuche ein, das Schlimmste in letzter Stunde zu verhindern. Verschiedene bürgerliche Kreise sehen heute in de Gaulle nicht mehr den über den Parteien stehenden Schlichter, wie nach dem Maiputsch 1958. Der Mitte Januar d.J. erfolgte Beschluß der großen rechtsbürgerlichen Parteien, de Gaulles Algerienkurs offen zu bekämpfen, bedeutet, daß die Kraftprobe innerhalb des französischen Bürgertums zwischen Ultras und Liberalen nicht nur im Untergrund sondern auch auf legaler Ebene ausgetragen wird.

Der neue Umsturzversuch muß nicht unbedingt die Form eines "Marsches auf Paris" annehmen. Unter der Drohung einer Fallschirmjägeraktion und einer republikanischen Gegenaktion könnten gewisse Persönlichkeiten der Rechtsbürgerlichen und vielleicht nicht nur der Rechtsbürgerlichen dem Präsidenten der Republik im entscheidenden Augenblick "nahelegen", sich im Interesse des Bürgerfriedens "zurückzuziehen".

Interessanterweise rechnen die Rechtsbürgerlichen dabei mit der Unterstützung von Teilen der Mittelparteien und selbst der SFIO. Ob sie sich dabei nicht verrechnen, ist eine andere Frage. In den Vordergrund schiebt man zu diesem Zweck drei Argumente:

- 1.) Abwehr der kommunistischen Gefahr (von der man in Frankreich gegenwärtig kaum sprechen kann, die aber von der OAS an die Wand gemalt und gezüchtet wird);
- 2.) "Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten", die durch das gegenwärtige gaullistische Regime teilweise eingeschränkt wurden (z.B. Maßnahmen gegen rechtsradikale Verschwörer, die zum Teil in Lagern interniert wurden);
- 3.) "Aufrechterhaltung Algeriens in der Französischen Republik", mit anderen Worten Fortsetzung des Algerienkrieges, "Beruhigung" der Armee und "Vermeidung" eines OAS-Putsches.

Man darf nicht vergessen, daß es auch heute noch innerhalb der französischen Mittelparteien Kräfte gibt, die für die "algérie française" sind und sich durch den bewaffneten Widerstand der OAS brünnelt sehen. De Gaulle ging mit seinen liberalen Algerienkurs und seinen Verhandlungen mit der FLN sekundlich weiter, als alle vorherigen Regierungen der 4. Republik, weiter als die Führungen der demokratischen Mittelparteien; jetzt noch wird der General von führenden Männern der gemäßigten Links- und Mittelparteien kritisiert, weil er Algerien "einpacken" will. Sie verurteilen das von de Gaulle empfohlene "dégagement". Hier kräpfen die "vernünftigen" rechtsbürgerlichen Kreise an und hoffen, eine neue "nationale Front" zustande zu bringen.

In diesen Rahmen fallen gewisse Verhandlungen und Besprechungen zwischen früheren Ministerpräsidenten und selbst einem früheren Präsidenten der 4. Republik. Auf allen Seiten werden Vorbereitungen für den Ernstfall getroffen, für den Fall eines Friedensschlusses mit der FLN, eines neuen Aufstandsversuches der OAS oder einer "Verhinderung" General de Gaulles, sein Amt auszuüben.

"Der Kashmir-Streit kann zum großen Krieg führen"

Der Kashmir-Streit kann zum großen Krieg führen

Von Erwin Erasmus Koch

Unser Korrespondent Erwin Erasmus Koch befindet sich auf einer längeren Reise durch Asien und sendet uns von dort in zwangloser Folge seine Berichte.

Rawalpindi, im Januar 1962

Die Kashmir-Frage wird in Pakistan und Indien von Tag zu Tag "heißer"; das schwelende Feuer droht, zu offenem Brand mit nicht abzuschätzenden Folgen für ganz Südostasien und die Welt aufzublizen. Vor rund 14 Jahren hat der Raja von Kashmir, ein Hindu, den Staat an Indien "abgetrennt", allerdings entgegen dem Teilungsabkommen zur Zeit der Unabhängigkeitserklärungen. Das Agreement - man mag es so nehmen - drückte aus, daß die überwiegend von Muslimen bewohnten Gebiete Pakistan und entsprechend die "Hindu-Territorien" Indien zufallen sollten. Kashmir aber war, denn auch von den Hindu-Fürsten regiert, eindeutig ein angestammtes Land der Muslime. Jawaharlal Nehru willigte nach einem blutigen, ein Jahr dauernden Krieg, der unendliches Leid brachte und zu gewaltigen Tode der Bevölkerung führte, in eine Volksabstimmung über die Zugehörigkeit Kashmirs unter Aufsicht der Vereinten Nationen grundsätzlich ein. Dann aber verzögerte Indien, sehr zum Verdruß der Pakistani, immer wieder das Abstimmen. Schließlich kam es in diesen Wochen, nach der Befreiung Gossahar, daß der indische Verteidigungsminister Krishna Menon und Jawaharlal Nehru übereinstimmend erklärten, daß keine Macht der Welt das Recht habe, "über indisches Hoheitsgebiet irgendwie zu bestimmen". In Rawalpindi und Karachi trafen alarmierende Berichte ein. Große Verbände indischer Truppen seien entlang der Grenze von Kashmir aufmarschiert. Die Indier dezentlierten. Es handelte sich um "durchaus normale Bewegungen von einem Standort zum anderen".

Heißige Wortgefechte der Presse Indiens und Pakistans verschärfen den Streit. Die Indier sind erbozt, daß Agub Khan die gesamte Kashmirfrage vor die Vollversammlung der UN zu bringen bemüht ist; zweifellos wird er darin Erfolg haben. Ebenso gewiß wird Indien nicht und um keinen Preis gewillt sein, den okkupierten Staat Kashmir und Jammu, also den muslimischen Nordwesten des Subkontinents, zu räumen. Eine Volksabstimmung könnte auch nur dann stattfinden, wenn die Provinz Azad Kashmir von den Pakistani geräumt würde. So bliebe schließlich alles beim alten, und auch der Streit bestände. Die schwelende Glut wäre nicht gelöscht.

Esmerika könnte jedoch Agub Khan, der Präsident von Pakistan, den angebotenen Freundschaftsvertrag mit der kommunistischen China unter Dach und Fach bringen, was der SEATO bestimmt nicht zum Nutzen gereicher würde. Nicht weniger Politiker in Karachi und Rawalpindi fordern sogar den Austritt Pakistans aus der SEATO. Sollte Indien wegen Kashmir Gewalt anwenden, wie gesagt, dann wäre ein großer Krieg in Südostasien unvermeidbar. Würde sich Agub Khan Notbehilfe zuziehen, so müßte er durchaus nicht ein Satellit Mao Tsing-tungs werden, auch in der Freundschaft zu Peking müßte er zweifellos Maß halten, etwa wie der König Hohendra von Nepal, der sich übrigens im angegriffenen Einvernehmen mit Pakistan befindet. Was immer geschehen mag, die Frage bleibt offen: Warum willigt Nehru nicht in die geforderte Selbstbestimmung der Kashmir-Bevölkerung ein? Seine ablehnende Haltung muß in Deutschland jedenfalls Mißbehagen auslösen. Denn offenbar nimmt Nehru das, was er gelegentlich das "Selbstbestimmungsrecht" nennt, nicht allzu ernst. Die Pakistani warnen. Die Kashmirfrage sei ein "Volkan". Seine Glut könnte Asien überdeckten. Ein neuer, noch gefährlicherer "Kongo-Fall" als der bereits geschehene drohe an den blutenden Grenzen Asiens.

Als mit ihm nach Teneriffa

Von H. Bortfeldt

Die Strafkammer Passau hat Kapfinger wegen Kuppelrei zu vier Monaten Gefängnis und 5000 M Buße verurteilt. Den Gefängnisaufenthalt kann er sich ersparen, wenn er drei Jahre hindurch nicht wieder kuppelt. Mehr hat sein geschickter Verteidiger, CSU-MdB Dr. Kempfeler, nicht erreichen können. Es ist die private Angelegenheit des kleinen Pasputins von Passau, ob er sich schämt oder nicht. Die deutsche Öffentlichkeit interessiert etwas anderes.

Während des Prozesses hat sich herausgestellt, daß Kapfinger zu jener Sorte gehört, die sich eine Villa auf Teneriffa gekauft haben - während an die deutsche Bevölkerung die Plugschrift "Jeder hat eine Chance" verteilt wird. Es gibt wohl keine gesetzliche Handhabe, jemanden daran zu hindern, sich eine Villa auf irgendeiner schönen Insel zu kaufen, die er für atomar sicher hält. Wie das moralisch zu bewerten ist, ist eine andere Frage.

Kapfinger hat es während des Bundestagewahlkampfes gewagt, einen Mann wie Willy Brandt verleumderisch anzugreifen. Die in gewisse Wahlflyerschriften legerig aufgenommenen Kapfinger-Abdrücke haben den deutschen Inseln Schaden geschadet. Jetzt gibt Kapfinger die rechteradikale Wochenzeitung "aktuell" heraus, die fatal an den Ublen "Tridericus" erinnert, der die Weimarer Demokratie zu untergraben.

Es ist unerheblich, daß sich Kapfinger von zwei Damen gleichzeitig die beiden Hitzeln ließ. Die deutsche Öffentlichkeit interessiert, was nun aus dem Politiker Kapfinger wird. Für die Dauer seines Kuppelrei-Prozesses hat sich Kapfinger in seine Teneriffa-Villa zurückgezogen. Der junge Rechtsanwalt Hermann Kaiser war schneller und nahm ihm seinen Paß ab. Jetzt ist der Prozess vorüber, Kapfinger ist verurteilt und gerichtet. Man gebe ihm schnellstens seinen Paß zurück! Und dann ab mit ihm nach Teneriffa! Die anständigen Menschen wünschen, daß er niemals wieder den Boden betrete, auf dem die Roben, deren Schicksal er im Ernstfall nicht teilen wird.

+ + +

Da der Mindesturlaub von 18 Tagen

sp - Schon in den nächsten Monaten wird der Bundestag einen Gesetzentwurf der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion zu behandeln haben, der die Arbeitnehmer einen Mindesturlaub von 18 Tagen vorsieht. Eine baldige Verwirklichung dieses Entwurfes würde den Notwendigkeiten unserer modernen Industriewelt entsprechen. Seit langem sind sich alle Arbeitnehmer über die Wichtigkeit einer neuen Urlaubsregelung im Klaren. Viele Arbeitnehmer müssen oft frühzeitig aus dem Arbeitsprozeß ausscheiden, weil ihnen keine Zeit und Gelegenheit gegeben ist, sich vor Überanstrengung rechtzeitig zu erholen. Frühmorgens mit all ihren sozialen Regatten und Bindungen für die Familie sind die Folgen. Die Erfahrung bestätigt, daß Arbeitnehmer, die sich rechtzeitig und ausreichend erholen können, mehr leisten als jene, die ein Jahr lang ununterbrochen arbeiten müssen. Gesundheitsliche und volkswirtschaftliche Gründe befürworten eine allgemeine Urlaubsregelung von mindestens 18 Tagen. Das bedeutet keine Einschränkung der Autonomie der Sozialpartner. Es gibt Bereiche, für die 16 Tage als Urlaub sich ausreichen, eine darüber hinausgehende Regelung zugunsten der Arbeitnehmer bleibt den dafür zuständigen Gewerkschaften vorbehalten. Die gesetzliche Mindestbegrenzung soll vor allem jenen zugute kommen, für die keine beruflichen Vereinarungen gelten - und das sind mehr als drei Millionen Arbeitnehmer. Das ist eine erschreckend hohe Zahl. Hier muß die Gesetzgebung helfend einspringen, um diesen Arbeitnehmern ein Recht zu sichern, das sie sich selbst nicht erkämpfen können.

+ + +

Verantwortlich: Dr. V. Albert Exler